

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Steuern jetzt senken

Die SVP hat ihre Forderungen nach einer Reduktion der Steuern, Gebühren und Abgaben bekräftigt. Insbesondere Gewerbe und Mittelstand müssen wieder mehr Mittel zur Verfügung haben. **Seiten 4, 5**



Bild: SPB Ruben Sprich

Prämiensenkungsinitiative

Seiten 7, 16

Haben Sie die Volksinitiative zur Senkung der Krankenkassenprämien schon unterschrieben?

Armee XXI

Seiten 8, 9

Befürworter und Gegner der Armee reform legen ihre Argumente dar.

7 x Nein am 18. Mai

Seite 10

Zum Multipack links-grüner Volksinitiativen gibt es nur eine Antwort.

Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Einfachheit

„Der Bauernstand muss ... Hüter sein einer gesunden Moral sowie der alten Tugenden: Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Einfachheit.“ Die Worte, mit denen Rudolf Minger am 7. Juni 1953 in Rüderswil nach dreihundert Jahren die Bilanz des Bauernkrieges von 1653 zog, haben eine seltene Qualität: Sie altern gut.

Längst nicht mehr vorwiegend agrarisch ausgerichtet wie zur Zeit Mingers, wissen wir uns doch wohl *alle* so nahe dem Bauernstand, dass wir dessen traditionelle Tugenden, *Einfachheit, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit*, auch in einer sehr veränderten Gegenwart zur Geltung zu bringen versuchen.

Wohl ist die internationale und die nationale, wohl ist selbst die kantonale, ja die kommunale Politik im letzten halben Jahrhundert vielgestaltiger geworden, aber nach wie

vor gilt, dass keine komplizierten Lösungen zu suchen sind, wo *einfache* ebenso gut den Zweck erfüllen. Nach wie vor gilt, dass hinter anspruchsvoll tönenden, beim ersten Hinhören kaum verständlichen Worten gelegentlich jene Inkompetenz steckt, die den Mantel des sprachlichen Dunkels braucht, um ihre Blösse zu bedecken. Bleiben wir also *einfach!*

Es gab eine Zeit, in der die Schweiz zu dem *wurde*, was sie heute ist, zum bewundernten Vorbild für den *haushälterischen* Umgang mit knappen Mitteln. Angesichts der heutigen Schuldenwirtschaft würde diese gute Meinung der Welt kaum mehr neu entstehen. Was aber ausgegeben wird, muss stets zwingend verdient werden. Wenn wir als Privatleute ausgeben, was uns nicht gehört, also Schulden machen, haben unsere Kinder wenigstens die *gesetzliche* Möglichkeit, das überschulde-

te Erbe auszuschlagen. Machen wir - wie wir dies heute vielfach tun - *als Gemeinwesen* Schulden, bürden wir den kommenden Generationen Zins- und Amortisationszahlungen auf, zu denen sie keinerlei Stellung beziehen können. Diese Art zu wirtschaften ist ein Leben der Gegenwart auf Kosten der Zukunft. Es ist hohe Zeit, der *Sparsamkeit* in unserem Bewusstsein wieder jenen wichtigen Platz einzuräumen, der ihr gebührt!

Die Schweiz war 1653 ein Armenhaus. Verarmte Familien zogen über den Rhein und über die Grenze, um ihren Unterhalt in der Fremde zu verdienen. Schaffhauser Zeitzeugen haben uns ans Herz rührende Szenen überliefert. Dreieinhalb Jahrhunderte *Arbeit* haben aus einem der ärmsten Länder des Erdballs eines der reichsten gemacht. Es ist leicht, das Erreichte zu erhalten, es lässt sich durch



► Bundesrat Samuel Schmid

Fleiss behaupten, durch Scharfsinn, durch angestrengte *Arbeit*.

Wir tun gut daran, unseren ersten Parteipräsidenten Rudolf Minger auch in Zukunft ernst zu nehmen und uns in unserem privaten aber auch in unserem öffentlichen Leben von seinen drei zeitlosen Tugenden leiten zu lassen: *Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Einfachheit*. ◀

Ohne Strom-Mix läuft nix.

www.60-40.ch

Strom brauchen wir in allen Lebenslagen. Der bewährte Schweizer Strom-Mix besteht aus 60% Wasserkraft und 40% Kernenergie. Das macht unsere Stromversorgung zuverlässig und

vom Ausland unabhängig. Alternativen kämen uns teuer zu stehen. Oder sie belasten unsere Umwelt zusätzlich. Auf die sichere und einheimische Stromversorgung wollen wir nicht verzichten.

FORUM STROMVERSORGUNG SCHWEIZ,
POSTFACH 1072, 8032 ZÜRICH

WASSERKRAFT  **KERNENERGIE**
DIE SICHERE STROMVERSORGUNG.



Asylrechtsmissbrauch **Stano** punkt

Nur um Haaresbreite hat die SVP die Abstimmung über die Asylrechtsmissbrauchs-Initiative verloren. Nun ist Bewegung in die Asylpolitik geraten. Die CVP passt sich an, wie immer wenn der Wind gedreht hat, und fordert eine Beschleunigung der Gesetzesrevision in Bezug auf kriminelle Asylbewerber. Ins gleiche Horn stiess der Stadtrat von Zürich und will endlich kriminelle Asylbewerber ausschaffen.

Im Abstimmungskampf wurde uns stets vorgeworfen, wir würden den Teufel an die Wand malen und bei der Bevölkerung Angst schüren. Doch plötzlich gibt es diese Kriminellen wirklich. Gleichzeitig fordert der Zürcher Stadtrat - nachdem der Stadtpräsident offenbar zum ersten Mal im Leben ein Asylbewerberheim besuchte - in ganzseitigen, vom Steuerzahler berappten

Inseraten sofort Arbeit für alle Asylbewerber. Er ist sich wahrscheinlich bewusst, dass er damit eine Sogwirkung in vielen Ländern ausübt und Tausende weiterer Asylbewerber, die Arbeit suchen, in unser Land lockt. Der Vorschlag entspricht den linken Vorstellungen einer Schweiz, die für alle Völker offen ist und die Probleme der ganzen Welt löst.

Auch Frau Bundesrätin Metzler beginnt die Handbremse zu lösen. Sie geht mit ihrer Forderung, abgewiesenen Asylbewerbern keine Fürsorgeleistungen zu gewähren, noch weiter als unsere Initiative, die sie noch vor wenigen Wochen bekämpft hat, weil sie angeblich nicht umsetzbar sei und zu weit gehe. Gut möglich, dass man ob so vielen Pirouetten nicht mehr weiss, was hinten und vorne ist.

Eines fehlt den Vorschlägen aber, nämlich ein durchdachtes, umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs. Zu lange hat man den Dingen den Lauf gelassen und die Situation schön geredet. Erst unter Druck geht man daran, sich wenigstens einmal einzugestehen, dass unser Land ein Problem hat. Es war die SVP, die nach der Abstimmung ihre Forderungen umfassend präsentiert hat. Mit der Revision des Gesetzes haben die anderen Parteien die Möglichkeit, den grossen Worten grosse Taten folgen zu lassen und unseren Vorschlägen zuzustimmen. Vielleicht sind sie angesichts der bevorstehenden Wahlen dazu bereit. Weniger weil man ein Problem lösen will. Vielmehr will man der ungeliebten SVP das Wasser von der Mühle graben. Uns soll's recht sein, wenn wenigstens das Problem dadurch entschärft werden kann. Wenn nicht, bleibt uns ein Referendum gegen das revidierte Asylgesetz. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz



Bundesrat setzt SVP-Sparprogramm um

Während die Wirtschaft um nur 23% gewachsen ist, sind die Staatsausgaben in den vergangenen zehn Jahren um über 40% in die Höhe geschnellt. Natürlich wirkt sich dies nachteilig auf die Finanzpolitik und den Wirtschaftsstandort aus. Besorgniserregend ist insbesondere die immer grössere Belastung der Steuerzahler – und damit auch der Gewerbetreibenden – durch Steuern, Abgaben und Gebühren.

Weil die Betriebe immer mehr dem Staat abliefern müssen, können sie keine Investitionen mehr tätigen und ihren Mitarbeitern nicht mehr Lohn zahlen. Dies wirkt sich negativ auf die Kaufkraft der Bürger sowie auf das Wirtschaftswachstum aus. Von jedem erarbeiteten Franken gehen bereits über 50 Rappen an den Staat! Dies führt zu grosser Unzufriedenheit bei den Steuerzahlern. So schrieb mir der Inhaber eines kleinen Sanitärbetriebs. Der besagte Unternehmer, der 5 Mitarbeiter und 2 Lehrlinge beschäftigt, hatte allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres über 90'000 Franken an Versicherungen, Prämien und Gebühren zu zahlen – die Steuern noch nicht eingerechnet. Dass hier kaum finanzieller Spielraum bleibt, liegt auf der Hand. Die Folgerung ist verständlich: „Wenn man sieht, wie leichtfertig der Bund Geld ausgibt, packt einen die nackte Wut.“

Dies sagt die SVP seit Jahren. Ein erstes SVP-Sparprogramm wurde 1999 lanciert. In der Mitte der Legislatur (Herbst 2001) wurden die Unterlagen überarbeitet und weitere Sparvorschläge im Umfang von 2,15 Mia. Franken vorgestellt. „Unmöglich“ sei dies, lautete der Tenor. Bei einzelnen Vorstössen antwortete der Bundesrat gar, sie seien so „unrealistisch“, dass die entsprechenden Motionen „auch als Postulat nicht entgegengenommen werden“ könnten. Faktum ist: Über zwei Drittel der SVP-Vorschläge sind im neuen Sparpaket des Bundesrates enthalten. Zwei Jahre später – unter entsprechendem Druck – ist nun plötzlich alles möglich. Wir dürfen uns also schon jetzt freuen, wenn der Bundesrat im Jahre 2005 verkündet, die Ausgaben würden um 10% gesenkt, weil man erkannt habe, dass die Finanzlage doch nicht so rosig sei, wie einst angenommen. ◀

Gregor A. Rutz, Generalsekretär



Fiskalwirtschaft durch die Hintertüre

Die Ausgaben der öffentlichen Hand, das heisst von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen, wachsen seit Jahren stärker als das Volkseinkommen. Eine Trendumkehr ist - wie die neusten Finanzperspektiven zeigen - nicht in Sicht.

Von 1990 bis ins Jahr 2000 nahmen die Ausgaben um über 40% zu, während das Bruttoinlandprodukt in dieser Zeit nur um 23% gewachsen ist. Der Schuldenberg der öffentlichen Hand nahm in der Folge ein bedrohliches Ausmass an: Die Schulden nahmen von rund 98 Milliarden (Jahr 1990) auf 207 Milliarden (Jahr 2000) zu.

Trotz Schuldenzunahme höhere Fiskalquote

Die stetig steigenden Aus- und Aufgaben der öffentlichen Hand wurden trotz der massiven Schuldenwirtschaft vor allem durch die Erhöhung der Fiskalquote gedeckt. Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren inkl. Sozialversicherungsbeiträge ist in den letzten zehn Jahren in der Schweiz stärker angestiegen (+5.3% auf 35.9% des Volkseinkommens) als in jedem anderen vergleichbaren OECD-Land. Diese Erhöhung der Staats- und Fiskalquote hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweiz enorm geschwächt.

Immer mehr Zwangsabgaben für die Finanzierung der öffentlichen Hand

Da die Steuersätze meist in referendumpflichtigen Erlassen festgelegt sind, können die

Steuern ohne Zustimmung des Volkes nicht erhöht werden. Die Bürger aber sind steuermüde geworden. Darum stossen die Politiker bei Steuererhöhungen auf Widerstand. Weil aber bei den rasch steigenden Ausgaben die Politiker ihre Einnahmen einfordern, weichen sie auf andere Einnahmequellen aus, insbesondere auf Abgaben und Gebühren.

So haben sich die öffentlichen Haushalte einen Teil ihrer Mehraus- und Mehraufgaben durch immer höhere Abgaben und Gebühren finanziert. Dies trifft den Mittelstand und die Wirtschaft in besonderem Masse. Die stark steigende Fiskalquote ist auch die Ursache, dass die schweizerische Wirtschaft in den vergangenen Jahren nicht mehr gewachsen ist. Die totale Zwangsabgabenquote in der Schweiz hat heute eine Höhe von rund 60% des Bruttoinlandproduktes erreicht.

Die Forderungen der SVP

In der Politik gibt man sich keine Rechenschaft über die zahlreichen Abgaben und Gebühren, die insbesondere den Mittelstand und die Wirtschaft stark belasten. Die SVP hat deshalb ihren Kantonalsektionen die entsprechenden Forderungen weitergeleitet und diese aufgefordert, entsprechende Vorstösse in ihren Kantonen zu prüfen und einzureichen. Nicht der Staat

braucht mehr Geld, sondern die privaten Haushalte und Unternehmungen, damit der angestrebte wirtschaftliche Aufschwung eine Chance hat.

Die SVP stellt deshalb folgende Forderungen auf:

► Die Höhe von Gebühren muss in referendumsfähigen Erlassen klar und abschliessend geregelt bzw. beziffert werden. Generalklauseln und Kompetenzdelegationen auf Verordnungsstufe sind abzulehnen.

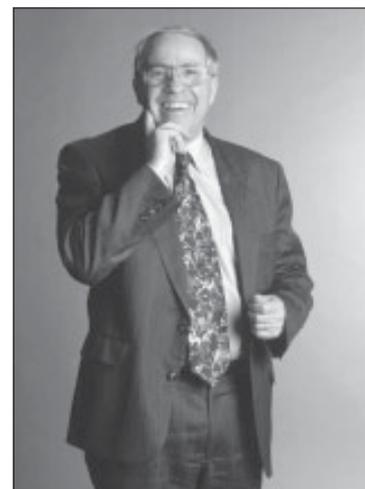
Dies muss für alle Gemeinwesen Bund, Kantone und Gemeinden gelten. Die SVP wird daher den kantonalen und allen Ortsparteien empfehlen, in ihren Kantonen und Gemeinden dafür zu sorgen, dass dies realisiert wird.

► Gebühren dürfen nur zur Deckung des effektiven Aufwands erhoben werden. Der Vertragswert und das wirtschaftliche Interesse des Gestalters zur Gebührenerhebung dürfen nicht berücksichtigt werden.

Der Staat hat sich an Gebühren und Abgaben nicht zu bereichern. Deshalb müssen staatliche Leistungen vermehrt auch in einer Wettbewerbssituation erfolgen. Durch Wettbewerb sollen auch die Kosten der Dienste und damit die Gebühren gesenkt werden.

► Für Amtshandlungen, die jeden Bürger verpflichten, dürfen keine Gebühren erhoben werden.

Viele Amtshandlungen werden nur deshalb in Anspruch genommen, weil sie gesetzlich vorgeschrieben sind. So wird beispielsweise von uns verlangt, dass wir uns ausweisen



► Nationalrat Christoph Blocher, Herrliberg (ZH)

können. Weshalb müssen wir in diesem Fall für unsere Ausweise bezahlen? Amtshandlungen sollen nur dann gebührenpflichtig sein, wenn sie durch ein Ereignis ausgelöst worden sind, das ausschliesslich vom Willen des Pflichtigen abhängig ist oder wegen ausserordentlicher Beanspruchung eintritt.

Wenn bei der heutigen Finanzlage der öffentlichen Haushalte, bei der enormen jährlichen Ausgabensteigerung des Bundesrates sowie angesichts der verheerenden Folgen auf die wirtschaftliche Situation und die Arbeitslosigkeit im Land die Situation nicht geändert wird, dann wird die Schweiz verarmen. Es braucht eine dringende Kurskorrektur.

Eine erfolgreiche Massnahme ist, dass die Bestimmung der Höhe und allfällige Erhöhungen der Abgaben und Gebühren ausschliesslich in Erlassen verankert werden, welche der Zustimmung des Volkes und damit der Zustimmung der Bezahler der Abgaben und Gebühren bedürfen. ◀



Steuersenkungen dringender denn je!

(SVP) Die SVP hat am 17. Februar an einer Medienkonferenz ihre Forderungen zur dringend nötigen Senkung von Steuern, Abgaben und Gebühren vorgestellt. Die SVP will dem Volk in Steuerfragen mehr Mitsprache geben und erwägt die Lancierung einer Volksinitiative zur Senkung der direkten Bundessteuer.

Die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sind zwischen 1990 und 2000 um über 40 % gewachsen, während die Wirtschaft nur um 23 % wuchs. Nebst einer massiven Verschuldung musste die Schweiz zur Finanzierung dieser Ausgabenexplosion ihre Steuern, Abgaben und Gebühren mehr erhöhen als jedes andere vergleichbare OECD-Land. Dies geschieht immer häufiger über die politisch leichter durchzusetzende Einführung und Erhöhung von Gebühren und Abgaben. Die totale Zwangsabgabenquote hat heute 60 % erreicht. Dem privaten Konsum werden real Mittel entzogen. Die Steuer-müdigkeit in unserem Land ist hoch.

Wenn nicht dringend eine umfassende Kurskorrektur vorgenommen wird, wird die Stagnation der Wirtschaft anhalten, die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen und die Schweiz - insbesondere der Mittelstand und die KMU - ausbluten und verarmen. Nicht der Staat, sondern die privaten Haushalte und die Unternehmungen müssen wieder mehr Mittel zur Verfügung haben.

Zur Entlastung von Gewerbe und Mittelstand erhebt die SVP folgende Hauptforderungen: Die Art und Höhe sämtlicher Gebühren und Abgaben in Bund, Kantonen und Gemeinden sollen in Erlassen geregelt werden, die der Zu-

treuungskosten von 7'000 Franken sollen die Familien gestärkt werden. Gleichzeitig gilt es, die steuerliche Benachteiligung der Ehepaare gegenüber den Konkubinatspaaren durch die Einführung des Modells „Teilsplitting ohne Wahlrecht“ aufzuheben. Der Gewinnsteuersatz für Unternehmen ist von 8.5 auf 8.0 % zu

senken. Zur Entlastung der inländischen Pensionskassen und der privaten Altersvorsorge sowie zur Stärkung des Finanzplatzes Schweiz ist die Umsatzabgabe zu revidieren. Bei der Wohneigentumsbesteuerung ist hingegen auf einen grundsätzlichen Systemwechsel zu verzichten. ◀

Die Tabelle zeigt im Detail auf, wie von den Lohnkosten einer Familie (Ehepaar mit 2 Kindern) mit einem Bruttoverdienst von 100'000 Franken über die Hälfte als Lohnnebenkosten, direkten und indirekten Steuern, Gebühren und Abgaben dem Staat abgeliefert werden müssen:

Bruttoverdienst	SFr. 100'000.00
Effektive Lohnkosten Paar:	SFr. 116'000.00
Arbeitgeber-Beiträge an AHV, IV, EO, ALV, Pensionskasse, Unfall- und Nichtberufsunfallversicherung, Familienzulagen	-SFr. 16'000.00
Arbeitnehmer-Beiträge an Sozialversicherungen	-SFr. 14'000.00
Krankenkassenprämien	-SFr. 8'100.00
Einkommenssteuer im Landesdurchschnitt	-SFr. 8'700.00
Direkte Bundessteuer	-SFr. 900.00
Mehrwertsteuer auf Konsumausgaben (Nahrungsmittel, Ferien, Restaurants, Telefon, Kleider, Möbel, Zeitungsabonnement etc.) von rund 36'000 Franken	-SFr. 2'600.00
Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, Autobahnvignette, Importzoll für Auto	-SFr. 1'400.00
Konzessionsgebühren für Radio und TV	-SFr. 450.00
Diverse Gebühren und Abgaben (Kehricht- und Abwasserentsorgung, Stempelabgabe Krankenzusatzversicherung, Billettsteuern, Alkoholsteuer, Tabaksteuer, Hundesteuer, Selbstbehalte bei den Gesundheitskosten etc.)	-SFr. 5'900.00
Lohn nach Abzug aller Zwangsabgaben	SFr. 57'950.00
Total der Zwangsabgaben	SFr. 58'050.00
Abgabenquote	50,1%

Quelle: Weltwoche Nr. 4/2003

stimmung des Volkes bedürfen. Nach dem Versagen der Regierungen und Parlamente muss das Volk in der Steuerpolitik wieder mehr Verantwortung übernehmen. Wer zahlt, befiehlt.

Für den Fall, dass das Steuerpaket nicht in der Version des Nationalrates verabschiedet wird, erwägt die SVP die Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative. Mit einer Erhöhung des Kinderabzugs auf 11'000 Franken und einem Abzug für Kinderbe-



Die Initiative ist lanciert!

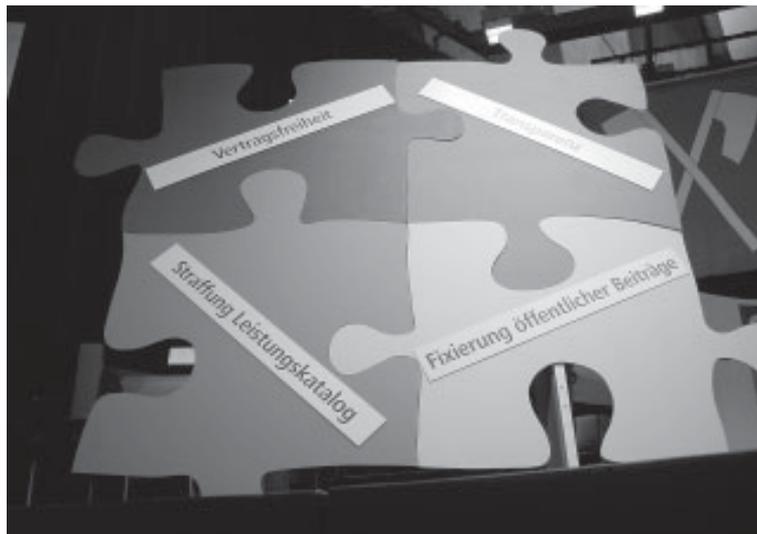


► Heimspiel im Zeichen des Berner Bären: Bundesrat Samuel Schmid

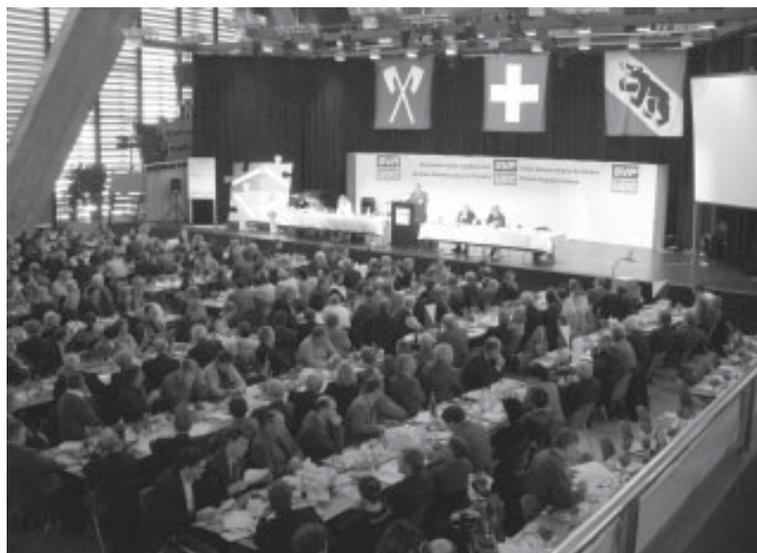
Rund 300 Delegierte haben sich am 1. Februar im Kongresshaus Biel zur Lancierung der Prämiensenkungsinitiative eingefunden. Im neben stehenden Artikel werden die Ziele unserer Initiative erklärt. Einen Unterschriftenbogen finden Sie auf der hintersten Seite dieser Zeitung. Weitere Unterlagen und Informationen finden sich unter www.svp.ch.

Die ersten 295 Unterschriften wurden an einer Standaktion der Jungen SVP beim Bahnhof Biel gesammelt. Zwölf Jung-SVPler trotzten der Kälte und verhalfen der Partei zu einem guten Start der Unterschriftensammlung. Herzlichen Dank für den Einsatz, der vom JSVP-Generalsekretär Jürg Stauffer koordiniert wurde.

Die Delegiertenversammlung fasste ausserdem einstimmig die Nein-Parole zur Volksabstimmung über die SP-Gesundheitsinitiative vom 18. Mai und beauftragte die Partei gemäss einem Antrag der SVP Waadt, ein Positionspapier zu den langfristigen Zielsetzungen der Agrarpolitik zu erarbeiten.



► Die Delegiertenversammlung in der zweisprachigen Seeländer Metropole Biel-Bienne (BE) stand voll und ganz im Zeichen der Lancierung der SVP Prämiensenkungsinitiative



► Volles Haus im modernen Bieler Kongresszentrum



► Die stolzen Gewinner des Wettbewerbes: Markus Baumann (l.) und Vreni Friker trafen beim Schätzen voll ins Schwarze. Gregor Holzapfel von der Jungen SVP sammelte in rund zwei Stunden 58 Unterschriften. Herzliche Gratulation!



► Hochkarätiger Gastreferent: SP-Nationalrat Franco Cavalli



► Organisator des Tages: Fritz Marthaler von der SVP Biel



► Erhält väterlichen Rat: Vreni Kormann (l.) und Nationalrat Hanspeter Seiler



► Für alle stets ein Lächeln auf den Lippen: Rahele Küng vom SVP Generalsekretariat

Grundlegende Reform des Gesundheitswesens

Am 1. Februar wurde die Unterschriften-sammlung zur Prämiensenkungsinitiative lanciert. Ziel ist es, Überkapazitäten abzubauen, unnötige Leistungen zu vermeiden sowie Transparenz bei der Leistungsab-geltung und der Finanzierung zu schaffen.

Das Gesundheitswesen als einer der bedeutendsten Sozial-versicherungszweige ist ohne Zweifel ausser Kontrolle gera-ten. Wie konnte es überhaupt soweit kommen?

Das schweizerische Gesund-heitswesen hat sich über die Jahrzehnte von einer rein ge-meinnützigen Einrichtung mit Dienstleistungen um Gottes Lohn zu einem der bede-utendsten Wirtschaftszweige entwickelt. Mit der Entwick-lung nicht Schritt zu halten vermochten aber die Struktu-ren und die Organisation des schweizerischen Gesundheits-wesens. Gemeinden, Kantone und der Bund haben unkoordiniert Aufgaben übernom-men. Erste Überlegungen, um diesen offensichtlichen Män-geln zu begegnen, haben Ex-pertengruppen bereits in den 70-er Jahren gemacht. Mit dem 1996 in Kraft gesetzten Krankenversicherungsgesetz wollte man schliesslich den Fehlentwicklungen wirksam begegnen. Dieser Versuch ist gründlich misslungen, was übrigens die SVP als einzige Partei im Abstimmungskampf bereits voraussah. Durch die Einführung der obligatori-schen Grundversicherung wurden weitere völlig falsche Anreize gesetzt. Überkapazi-täten konnten nicht abgebaut werden, die Kosten und damit die Krankenkassenprämien stiegen ständig und über-mässig an. Zudem werden heute nachweislich mehr als 15% der Grundversicherungskosten für unnötige Leistun-gen, das heisst für medizinisch

nicht notwendige Leistungen, ausgegeben.

Vier Elemente

Nach wie vor fehlt ein umfas-sendes Konzept für die schwei-zerische Gesundheitspolitik. Anders als für alle anderen bedeutenden Sozialversiche-rungszweige bestehen für die Gesundheitsversorgung in der Bundesverfassung keine Grundsätze über die Organi-sation und die Zielsetzung. Diese Lücken wollen wir mit unserer Prämiensenkungs-initiative schliessen. Die Prä-miensenkungsinitiative ist ein Konzept, das aus vier Elemen-ten besteht. Elemente, die untrennbar zusammengehören. Untrennbar darum, weil sie - wie Puzzle-Teile - nur im Verbund die volle Wirksamkeit entfalten können. Die vier Ele-mente sind:

Vertragsfreiheit schaffen

Heute reicht für Leistungser-bringer (Spitäler, Ärzte, Hei-me, Therapeuten usw.) die fachliche Qualifikation als einzige Voraussetzung, zu praktizieren und alle erbrach-ten Leistungen über die Grundversicherung abzu-rechnen. Hohe Leistungs-qualität und wirtschaftliches Handeln werden nicht be-lohnt. Diese Situation führt zu Überkapazitäten. Der Markt spielt nicht. Die heute beste-henden Kartelle sollen aufge-brochen und die Kollektivver-träge durch Einzelverträge er-

setzt werden (Art. 2 Prämien-senkungsinitiative). Diese Massnahme schafft Raum für die Umsetzung innovativer und kundenbezogener Lösun-gen und Angebote seitens der Versicherer und der Leistungs-erbringer. Dies führt zu besse-erer Qualität und höherer Effi-zienz als jede staatliche Inter-vention.

Leistungskatalog straffen

Heute haben wir eine prak-tisch alle Angebote umfassen-de Grundversicherung. In Zukunft muss sich der staat-lich festgelegte Grundleis-tungskatalog am Begriff der Notwendigkeit orientieren. Darum soll der Leistungs-katalog durch eingehende Prüfung gemäss den in Artikel 1 Prämiensenkungsinitiative geforderten Kriterien gestrafft werden. Zum Beispiel gehö-ren präventive und therapeu-tische Massnahmen, die dem physischen und psychischen Wohlbefinden dienen, in das Kapitel Eigenverantwortung und sind Sache jedes Einzel-nen. Damit wird - zusammen mit der Vertragsfreiheit - die Verantwortung von Versiche-ten und Patienten und von Leistungserbringern gestärkt.

Transparente Finanzierung

Eine der grossen Schwächen des heutigen Gesundheits-systems ist das - auch für Fachleute - kaum durchschau-bare Finanzierungsgestrüpp. Prämienverbilligung von Bund und Kantonen, Betriebs- und Investitionsbeiträge der Kan-tone und Gemeinden an Spit-äler, Heime und Spitex-dienste, usw. Die Finanz-ströme sind dringend zu ent-flechten (Art. 5 Prämien-

Unterschreiben Sie jetzt die SVP Prämiensenkungsinitiative!

Den Unterschriftenbogen finden Sie auf der hintersten Seite



senkungsinitiative). So wird besser sichtbar, wohin die knappen Mittel fliessen. Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung für das Funk-tionieren des Marktes, weil ohne Transparenz die ver-schiedenen Angebote nicht miteinander verglichen wer-den können.

Fixierung öffentlicher Beiträge

Viele Entscheide von Bund und Kantonen haben direkte Auswirkungen auf die Höhe der Krankenkassenprämien (Leistungskatalog, Spitaltarife usw.). Heute werden diese Entscheide gefällt, ohne dass sie für die öffentliche Hand finanzielle Konsequenzen hät-ten. Der Staat befiehlt, zahlt aber nicht. Mit der Fixierung des Anteils von Bund und Kantonen an den Gesamtkosten (Art. 4) wird dieser wichtige Zusammenhang hergestellt.

Mit der SVP-Prämiensenkungsinitiative werden die richtungsweisenden Grund-sätze für ein freiheitliches, schweizerisches Gesundheits-wesens in der Bundesverfas-sung festgeschrieben. Damit wird eine Staatsmedizin ver-unmöglicht und dem Schwei-zer Volk ein transparentes, qualitativ gutes und leistungs-fähiges Gesundheitswesen ge-sichert. ◀

**Nationalrat Toni Bortoluzzi,
Affoltern a. A. (ZH)**

Zeit aufzuwachen - NEIN zu dieser Armee XXI

Das Gute bewahren, das Bessere schaffen! Hält die Armee XXI (A XXI) die Versprechen ihrer Gestalter? Oder erweist sie sich als Wolf im Schafspelz? Ihre Kritiker bezeichnen die unter grossem Zeitdruck (warum?) geplante A XXI als Blindgänger. Wesentliche Bausteine der Sicherheitskonzeption Schweiz wie Unabhängigkeit und Miliz sollen abgeschafft und stattdessen ein zum Scheitern verurteiltes, von der Nato abhängiges Modell eingeführt werden. Polemik? Nein, Studium des Armeeleitbildes, von Referaten und Artikeln aus dem VBS.

Die heutige Armee ist bereit

Milizsoldaten und -kader haben am WEF und an der Föderalistenkonferenz in St. Gallen zur Sicherheit beigebracht, haben bei den Unwettern im Appenzeller- und Bündnerland und in Gondo viel und rasch geholfen. Die Armee leistet ihren Beitrag zur Sicherheit am G8-Gipfel von Evian. Und Flughafenregimenter in Genf und Zürich sind innert Stundenfrist im Einsatz, wenn die Flughäfen geschützt werden müssen, wie dies gerade wegen des Terrors in London notwendig geworden ist.

Die Armee XXI will all dies ändern...

Es ist unglaublich, aber wahr: All diejenigen Kräfte, die diese Aufgaben wahrnehmen, sollen abgeschafft werden. Die A XXI hat keine Truppen mehr, die mit der Region vertraut sind. Sie drittelt die Rettungs- und Katastrophenhilfe-

truppen und streicht die Flughafenregimenter. In den Rekrutenschulen bilden nur noch Profis die Rekruten aus. In der 7. Woche treten die für würdig befundenen Rekruten direkt in die Offiziersschule über. Was jetzt verloren geht: jeder Offizier musste sich bereits in der RS bewähren. In der Ostschwei-



► Kampfwertgesteigerte Panzerhaubitze 88/95 in Stellung auf dem Waffenplatz Bière.

zer Panzer Brigade sind dem Vernehmen nach ab dem Jahr 2004 sämtliche Kommandanten Instruktionsoffiziere. Damit wird der Miliz-Begriff zur Farce. Es ist damit zu rechnen, dass die A XXI als Übergangsarmer in 10 Jahren zur (unbezahlbaren) Berufsarmee gewandelt wird.

Das Bereitschaftselement sollen ein paar wenige, unerfahrene Durchdiener bilden. Angeleitet, ausgebildet und geführt von Profis anstelle von der Region vertrauten, hochqualifizierten Milizkadern. Verbessert die A XXI unsere Sicherheit gegen die neuen Bedrohungen?

...die Leistungsfähigkeit reduzieren...

Die aktive Armee XXI wäre

noch ein Drittel so gross wie die heutige Armee. Und sie ist nicht einmal ein Viertel so leistungsfähig, weil die Milizkader in Ausbildung und Führung abgebaut werden. Mit den stark reduzierten Beständen kann sich die Schweiz nicht mehr selber verteidigen. „Das Gros der Armeeaufträge



► Nationalrat J. Alexander Baumann, Kreuzlingen (TG)

NATO die Bereiche fest, in denen er die Armee NATO-beitrittsfähig macht. Weder Parlamentarier noch das Volk kennen den klassifizierten Inhalt dieser Vereinbarungen (sog. PARP Ziele). VBS-Vertreter pilgern regelmässig nach Brüssel, um der NATO den Stand der Interoperabilität (Survey of Overall PfP Interoperability) ehrerbietig offen zu legen.

Preisgabe der Unabhängigkeit

Neu ist also, dass Bundesrat und Parlamentsmehrheit unter Missachtung der bisher geltenden Regeln der schweizerischen Neutralität die Zusammenarbeits- und Beitrittsfähigkeit mit der NATO erreichen wollen. Das gibt den USA eine willkommene Möglichkeit zur Disziplinierung und zur Einbindung der Schweiz in ihre Supermächtpolitik. Wichtige Armeepoliker fordern folgerichtig: „der goldene Käfig der Neutralität muss aufgegeben werden“. Dr. Anton Thalmann, ehemals stv. Generalsekretär VBS, jetzt Botschafter bei der NATO in Brüssel, sagte: „Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.“ Mit einem NEIN zur Vorlage öffnen wir den Weg zu besseren Lösungen. ◀

kann unter den gegebenen Bedingungen nur mehr in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern erfüllt werden“, heisst es in einem VBS-Papier.

...und mit dem Ausland kooperieren

„Sicherheit durch Kooperation“ lautet daher das Motto. Zu diesem Zwecke hat der Bundesrat den Beitritt sowohl zur militärischen „Partnership for Peace“ (PfP) als auch zum „Euroatlantischen Partnerschaftsrat“ (EAPC) beschlossen und vollzogen. Diese Anhängsel der NATO wurden als Trainingslager für einzelne Staaten des Ostblocks zur Vorbereitung für die Aufnahme in die NATO geschaffen. Seit 1998 legt der Bundesrat deshalb regelmässig mit der



Lieber den Spatz in der Hand...

Am 4. Oktober 2002 haben National- und Ständerat nach engagierten Debatten der Revision des Militärgesetzes zugestimmt und grünes Licht gegeben für die Überführung der heutigen Armee 95 in die Armee XXI. Es ist bedauerlich, dass mit dem Referendum die Militärgegner einen Steilpass erhalten, um die Debatte über die Abschaffung der Armee wieder zu lancieren.

Mehr als vier Jahre hat sich die Sicherheitspolitische Kommission mit der Armeereform XXI befasst. Über die Notwendigkeit einer Armee-Reform war man sich grundsätzlich einig. Die grossen Mannschaftsbestände der Armee konnten nicht mehr besetzt werden und das Militärbudget ist in den letzten Jahren massiv gekürzt worden. Zudem hat sich die Bedrohungslage seit dem Fall der Berliner Mauer massiv verändert.

Armee XXI typisch schweizerischer Kompromiss

Die Armee XXI ist ein typisch schweizerischer Kompromiss. Niemand ist ob der jetzigen Lösung wirklich euphorisch. Trotzdem kann man hinter der neuen Armee stehen. Erstens haben wir mit diesem Gesetz eine Milizarmee mit dem Hauptauftrag der Landesverteidigung gefestigt, die auch zivile Behörden bei existenziellen Bedrohungen unterstützen und für die Friedensförderung eingesetzt werden kann. Zweitens können alle betroffenen Armeeingehörig und die Wirtschaft nach einer langen Zeit der Verunsicherung endlich wieder berechenbare Berufs- und Karriereplanungen treffen.

Armee XXI bietet etliche positive Entwicklungen. So ist

folglos hat sich die SVP gegen das Durchdienermodell zur Wehr gesetzt. Dieses strapaziert ganz klar unser Milizsystem. Zudem wird es schwierig sein, im Kader dieser Einheiten Beständigkeit zu erreichen. Desgleichen ist zu befürchten, dass es schwierig sein wird, für die neuen Lehrbrigaden genügend Instrukto-



Soldaten bewachen im Rahmen eines subsidiären Einsatzes die deutsche Botschaft in Bern.

die territoriale Bindung der Verbände gut und zweckmässig. Ebenso ist die Möglichkeit, dass auch Milizoffiziere grosse Verbände führen können, zu begrüssen. Und als eigentlicher Erfolg der SVP kann gewertet werden, dass der Nachrichtendienst nun direkt dem Bundesrat unterstellt ist.

Positive Punkte, aber auch offene Fragen

Dagegen ist die neue Ausgestaltung der RS mit unterschiedlicher Dauer zwischen 18 und 21 Wochen je nach Waffengattung ein Kompromiss, der erst nach langem Ringen eine Mehrheit fand.

Bei einer derartig tief greifenden Reform gibt es unweigerlich auch Unsicherheiten. Er-

ren zu finden. Auch der Zeitsoldat wird dieses Problem nicht lösen. Als Risiko ist auch die drastische Bestandesreduktion auf 140'000 Militärdiensttaugliche zu betrachten.

Referendum hilft den Armeeausschaffern

Würde das Referendum eine Mehrheit finden, bliebe für die nächsten 5 - 10 Jahre die heutige Armeeargumentation in Kraft. Dass die Struktur und die Organisation der Armee dringend reformiert werden muss, ist aber unbestritten.

Ich glaube den Mitgliedern des Referendumskomitees, dass Ihnen die Sicherheit und die Unabhängigkeit unseres Landes ein grosses Anliegen ist. Auch habe ich Verständnis, wenn sich Kommandan-



Nationalrat Jakob Freund, Bühler (AR)

ten wehren, deren Einheiten der Reform zum Opfer fallen. In Bezug auf die Armee XXI braucht es aber eine Gesamtbeurteilung. Auch ich will eine Armee, die glaubwürdig den Verfassungsauftrag erfüllen kann. Dies ist mit dieser Vorlage auch möglich. Wenn nun aus Misstrauen in die Armeepaner diese Vorlage zurückgewiesen werden soll, helfen bei der Ablehnung auch die Armeeausschaffern mit. Denn damit können sie die Anpassung der Milizarmee an die heutige Bedrohungslage über Jahre verzögern und in der sich wiederholenden Gesetzesberatung alle Anträge, die auf eine Abschaffung der Armee hielten, mit grossen Erfolgsaussichten ein zweites Mal vorbringen.

Ein Ja zum neuen Armeegesetz ist schlicht und einfach ein Ja zu einer starken Schweizer Armee.

Die SVP Schweiz fasst ihre Parolen zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz XXI an der DV vom 5. April 2003 in Echallens (VD).



7 x NEIN zu links-grünen Initiativen

Die 7 Volksinitiativen, die am 18. Mai zur Abstimmung gelangen, haben verschiedene Gemeinsamkeiten. Für alle Begehren zeichnet eine linke Urheberschaft. Alle Initiativen sind dezidiert wirtschafts- und gewerbefeindlich. Überdies schränken die einzelnen Vorlagen die persönliche Freiheit der Bürger, die Bewegungsfreiheit wie auch die Eigentumsfreiheit teils massiv ein.

Man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können, dass die SVP wohl 7 Nein-Parolen beschliessen wird. Die weiteren Vorlagen (Revision des Militärgesetzes und des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz) werden aufgrund der divergierenden Beurteilungen innerhalb der SVP-Fraktion in speziellen Artikeln in diesem „SVPja“ beleuchtet.

Lehrstellen-Initiative

Die Lehrstellen-Initiative stammt aus jungsozialistischen Kreisen. Die zentralen Ziele der Initiative sind die Einführung eines einklagbaren Rechtes auf „ausreichende berufliche Ausbildung“ sowie die Schaffung eines Berufsbildungsfonds. Mit dem verfassungsmässigen Recht auf Ausbildung meinen die Initianten ein genügendes Lehrstellenangebot sicherstellen zu können - wie wenn der Staat die Nachfrage nach Arbeitskräften in den einzelnen Branchen steuern könnte! So positiv der Grundgedanke der Initianten sein mag: Das Initiativbegehren ist untauglich.

Initiative „Ja zu fairen Mieten“

Die Volksinitiative „Ja zu fairen Mieten“ wurde von Mieterverbänden und SP-Politikern lanciert und will den

Mieterschutz erhöhen und damit die marktwirtschaftlichen Grundlagen des Mietrechts noch weiter einschränken. Das Mietrecht gehört schon heute zu den am stärksten regulierten Bereichen im Obligationenrecht. Ziele wie die Verstärkung des Kündigungsschutzes oder die Erschwerung von Mietzinserhöhungen sehen zwar auf den ersten Blick gut aus, führen aber letztlich zu massiven Eingriffen in die Vertragsfreiheit und die Eigentumsrechte. Die SVP will genau das Gegenteil.

SP-Gesundheitsinitiative

Die SP-Gesundheitsinitiative ist eine Umverteilungsinitiative. Sie will die Kopfprämien abschaffen. Oberstes Ziel der Sozialdemokraten ist: Die Reichen sollen mehr für die Krankenkassen zahlen, damit so die finanziellen Engpässe überwunden werden können. Dabei übersehen die Initianten, dass unser Gesundheitssystem per se so nicht funktioniert. Die Sparanreize im Bereich des Gesundheitswesens wären mit dieser Volksinitiative weiterhin nicht gegeben. Die Gesundheitsinitiative bedeutet lediglich einen weiteren Schritt in Richtung Staatsmedizin: Die Folgen dieses Vorstosses wären fatal. Die SVP hat entsprechend an ihrer Delegiertenversammlung vom 1. Februar in Biel einstimmig die Nein-Parole gefasst.

Als einzige Partei tritt die SVP mit einem konkreten Gegenvorschlag an: Die SVP-Prämiensenkungsinitiative will die Eckwerte der schweizerischen Gesundheitspolitik in der Verfassung verankern und so eine transparente Finanzierung und tiefere Kosten erreichen. Die Krankenkassenprämien müssen dringend gesenkt werden, denn sie stellen mittlerweile gerade für die Familien eine enorme Belastung dar. Deshalb: Nein zur SP-Gesundheitsinitiative - und gleichzeitig die Prämiensenkungsinitiative unterschreiben!

Behinderten-Initiative

Mit der neuen Verfassung wurden zahlreiche Gleichstellungspostulate und Diskriminierungsverbote lanciert. All diese Vorschriften sind entweder nicht umsetzbar oder dann, wenn sie umgesetzt werden, teuer und freiheitsfeindlich. In diesen Trend reiht sich die Volksinitiative „Gleiche Rechte für Behinderte“ nahtlos ein. Die Behinderten-Initiative verpflichtet den Gesetzgeber, Massnahmen zur Beseitigung bzw. zum Ausgleich bestehender Benachteiligungen vorzusehen. Zudem verlangt die Initiative den ungehinderten Zugang von Behinderten zu öffentlichen Bauten oder Anlagen - „soweit wirtschaftlich zumutbar“, was das auch immer heisst. Die Behinderten-Initiative hätte massive Kosten zur Folge, was alle Steuerzahler direkt treffen würde.

Atom-Ausstiegsinitiativen

Die beiden linksgrünen Initiativen „Moratorium Plus“ und „Strom ohne Atom“ fordern einmal mehr den Ausstieg der Schweiz aus der Nutzung der

Kernenergie. Der Name der „Moratoriums“-Initiative ist relativ heikel: Täuscht die irreführende Bezeichnung doch vor, es handle sich hierbei nicht etwa um einen Ausstieg, sondern lediglich um eine Denkpause.

Die beiden Atom-Ausstiegsinitiativen stellen die bewährte Formel für eine sichere Stromversorgung der Schweiz in Frage. 40% unseres Stroms - soviel beträgt der Anteil der Kernenergie - sollen abgestellt werden. Das ist unrealistisch und käme uns entsprechend teuer zu stehen. Der schweizerische Produktionsmix (60% Strom aus Wasserkraftwerken, 40% aus Kernkraftwerken) garantiert uns eine hohe Versorgungssicherheit. Klug ist es, unsere Kernkraftwerke mit Sorgfalt weiterzubetreiben und die beiden Initiativen abzulehnen.

Sonntagsinitiative

Die Freiheit des Einzelnen - und damit z.B. auch die Bewegungsfreiheit - ist ein zentraler Wert im politischen Programm der SVP. Die Sonntagsinitiative steht diesem Grundsatz diametral entgegen, denn sie will an vier Sonntagen im Jahr den motorisierten Individualverkehr unterbinden mittels nationaler Fahrverbote.

Abgesehen davon, dass solche „staatlich verordneten Erlebnistage“ in einer Demokratie keinen Platz haben, benachteiligt die Initiative all jene Bürger ganz massiv, die keinen bzw. einen ungenügenden Anschluss an die öffentlichen Verkehrsmittel haben. Die freiheits- und mobilitätsfeindliche Sonntagsinitiative ist klar zu verwerfen. ◀



Ein klares NEIN zur Mietrechts-Initiative!

Am 18. Mai 2003 wird über die Volksinitiative „Ja zu fairen Mieten“ abgestimmt. Dieses vom Schweizerischen Mieterverband lancierte Begehren verlangt eine Änderung von Artikel 109 der Bundesverfassung.

Um es gleich vorweg zu nehmen: die Volksinitiative zielt in eine völlig falsche Richtung und ist klar abzulehnen! Mit ihr soll das Mietrecht noch komplizierter und undurchsichtiger gemacht werden.

Die geplanten strengen Vorgaben bei der Mietzinsgestaltung haben mit der Realität und den tatsächlichen Bedürfnissen von Mietern und Vermietern nichts mehr zu tun. Dem Mietwohnungsmarkt soll jegliche Flexibilität entzogen werden. Dies gefährdet die künftigen Investitionen in Neu-

bauten und hemmt zudem die Renovationstätigkeit.

Hinzu kommt, dass weiterhin auf dem standardisierten Referenzzinssatz variabler Hypotheken für Mietzinsanpassungen abgestellt werden soll, was bereits im geltenden Recht problematisch ist. Immer mehr werden die Zinssätze individuell festgelegt und die ordentliche Hypothek wird durch zahlreiche alternative Finanzierungsmodelle ersetzt. Völlig realitätsfremd will die Initiative dennoch die Hypothekarzinskoppelung mit dem

Mietzins in der Verfassung festschreiben.

Ebenfalls abzulehnen ist der von der Initiative geforderte Durchschnittszinssatz, welcher auf dem Zinssatz für Hypotheken während der letzten fünf Jahre berechnet wird. Dies kann für den Vermieter zu untragbaren Risiken und Liquiditätsgpässen führen.

Völlig abwegig ist schliesslich die Verschärfung des Kündigungsschutzes. So wird die Einführung einer Beweispflicht des Vermieters für die gerechtfertigte Kündigung verlangt. Ergänzend dazu werden fünf konkrete Sachverhalte aufgezählt, welche eine Kündigung seitens des Vermieters verbieten. Alle diese Gründe haben zum Nachteil des Ver-

mieters enteignungsähnlichen Charakter und höhlen dessen Privateigentum massiv aus.

Mit der vorliegenden Volksinitiative „Ja zu fairen Mieten“ wird der Versuch unternommen, die Rechte des Vermieters einseitig einzuschränken. Dies wird die künftige Investitionstätigkeit in Mietobjekte behindern, und einmal mehr wird vergessen, dass der beste Mieterschutz genügend Mietwohnungen sind!

Die Mietrechts-Initiative ist ein fundamentaler Widerspruch zu den tatsächlichen Bedürfnissen und Interessen von Mietern und Vermietern und muss am 18. Mai klar abgelehnt werden. ◀

**Nationalrat Rudolf Joder,
Belp (BE)**

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com





Mehr Biss!

Die CVP wirbt mit Ausschuss-zahnbürsten, wie die Zeitung „Blick“ kürzlich festgestellt hat.

- Damit will sie Familien mit Kindern finanziell entlasten: Kosten für Zahnspangen fallen weg!
- Damit will sie sich für eine bessere Kinderbetreuung einsetzen: Zahnärzte stellen zusätzlich Sprechstundenhilfen ein!
- Damit will sie dem Steuervogt die Zähne ziehen: Wenn er sich die Zähne mit dieser Zahnbürste putzt!

Kurzmeldungen



Am 9. Februar fand im Kanton Appenzell Ausserrhoden der erste Wahlgang der Regierungsratswahlen statt. Regierungsrat Hans Diem, Vorsteher der Landwirtschafts- und Forstdirektion sowie der Sicherheitsdirektion, wurde dabei mit 12'986 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Mit Fraktionschef Köbi Frei strebte die SVP einen zweiten Exekutivsitzen an. Frei erreichte zwar mit 5890 Stimmen den siebten Platz, scheiterte jedoch am absoluten Mehr. Der zweite Wahlgang findet am 6. April statt.

*Am Anfang
jeder starken Werbung
steht das Inserat!*

Gerne senden wir Ihnen unverbindlich den aktuellen SVPja-Inseratetarif!
Telefon 031 302 58 58 oder svpja@svp.ch

Impressum SVPja

Herausgegeben von
der Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck"



Aufräumarbeiten im Parlament

Die kommende Session ist gekennzeichnet vom bevorstehenden Ende der Legislatur. Zahlreiche Geschäfte sollen noch vor den Wahlen abgeschlossen werden. Es gibt aber auch einige gewichtige Geschäfte neu zu behandeln, wie etwa die Agrarpolitik 2007.

Das Ende der Legislatur ist bald da. Es gilt aufzuräumen und möglichst viele Geschäfte noch zu erledigen, bevor das neue Parlament seine Arbeit aufnimmt. Andererseits tritt eine neue Regelung in Kraft, wonach Geschäfte nur traktandiert werden dürfen, wenn sie mindestens 3 Wochen vor Beginn der Session in der Kommission abschliessend behandelt wurden. Die Folge ist, dass einige grosse Geschäfte noch nicht bereit sind.

Auf dem Programm stehen auch einige Vorstösse der SVP: Es geht dabei etwa um die demokratische Kontrolle in Finanzfragen oder um die Sicherung der schweizerischen Neutralität. Leider fiel der Vorstoss zur Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung der Dreiwochenregel zum Opfer und ist nun erst für die Sommersession geplant. Man will wohl von der administrativen Ausrede profitieren und der

SVP die Möglichkeit nehmen, den Bundesrat zu verpflichten.

Sozialwerke und AP 2007

Wichtige sozialpolitische Vorschläge, deren Beratung bald abgeschlossen werden soll, sind die 11. AHV-Revision und die 4. IV-Revision. Im Nationalrat steht daneben die Agrarpolitik 2007 zur Debatte, im Ständerat das Kartellgesetz. Es wird sich zeigen, wie sorgfältig das Parlament in diesen zentralen Fragen mit dem Standort Schweiz umgeht.

Bei den Sozialwerken gilt es insbesondere die finanzielle Gesundheit im Auge zu behalten. Ein Ausbau ist nicht möglich. Vielmehr sind die Versicherungen so auszugestalten, dass kommende Generationen nicht gebeutelt werden.

Bei Kartellgesetz und AP 2007 geht es um die Entwicklung

des Produktionsstandortes Schweiz in verschiedenen Sektoren. KMU und produzierende Bauernbetriebe müssen in unserem Land eine echte Zukunft haben. Das Kartellgesetz sollte eigentlich die Kleinen schützen, dem wird es aber nicht gerecht. Die SVP lehnt die Vorlage in dieser Form deshalb ab. Auch bei der AP 2007 ist Augenmass in der ausführlichen Debatte gefragt, wenn auch die Stossrichtung im Grundsatz richtig ist.

Spuckende Richter, G8-Chaoten und Asyl suchende Diktatoren

Daneben wird in der Session ohne Zweifel auch der unflätige Bundesrichter Schubarth ein Thema sein. Die SVP hatte seine Wiederwahl abgelehnt und es zeigt sich nun, wie Recht man damit hatte. Leider hat die SP zu spät reagiert und nach dem Parteiaustritt Schubarths kann sie ihren Fehler nicht mehr korrigieren.

Der G8-Gipfel verlangt einen Parlamentsbeschluss für den Einsatz der Armee. Die Schweiz muss die Sicherheit auch bei solchen Ereignissen

garantieren können. Die Armee ist ohne Zweifel das richtige Instrument zur Unterstützung der Kantone am Lac Léman. Allerdings stellt sich die Frage, ob auch genügend früh Vereinbarungen mit dem französischen Nachbarn getroffen wurden. Es geht ja nicht an, dass die Schweiz die alleinige Last trägt.

Schliesslich wird auch die Irak-Krise seine Schatten über die Session werfen. Nach der unspektakulären humanitären Konferenz in Genf geht es nun darum, Entscheidungen zu fällen, beispielsweise zu den Überflugsrechten für die Angreifer. Die gleichzeitige Diskussion um allfälliges Asyl für den irakischen Diktator zeigt die Konzeptlosigkeit des schweizerischen Asylwesens. Wenn plötzlich einzelne Politiker Asyl anbieten, während ein ganzer Beamtenapparat mit der Behandlung von missbräuchlichen Asylgesuchen beschäftigt ist, dann stimmt etwas nicht in unserem Land. ◀

Aliki Maria Panayides,
stv. Generalsekretärin

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservative
Zeitung für Unabhängigkeit,
Föderalismus und Freiheit

Herausgeber:
Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer

34x jährlich
Probenummern: 2 Ausgaben gratis
Tel. 052 301 31 00 – Fax 052 301 31 03
E-Mail: redaktion@schweizerzeit.ch – www.schweizerzeit.ch

*... damit Sie erfahren,
wie in der Schweiz selbst Bundesbehörden
den Ausverkauf
des Bürgerrechts vorantreiben.*





Abschied und Dank an Kurt Waldvogel

Nachdem der Kanton Schaffhausen Mitte letzten Jahres Abschied von SVP-Ständerat Rico E. Wenger nehmen musste, galt es am 12. Februar, sich von Kurt Waldvogel zu verabschieden. Er ist am 30. Januar 2003 in seinem 76. Altersjahr verstorben.

Die Beerdigung war geprägt von seiner grossen Dankbarkeit und Liebe seiner Heimat und seinen Freunden gegenüber. Der Klettgauer war seiner Region Schaffhausen stets treu geblieben, nicht nur was seinen Dialekt betraf. Bei der Musikauswahl war die Verbundenheit zur Schweiz und der Schweizer Geschichte spürbar. So wünschte sich K.W. Alphornmusik und das Singen des ergreifenden Bérésinaliedes.

SVP-Regierungsrat Erhard Meister würdigte den Einsatz unseres Verstorbenen, zuerst als Heuhändler, dann 16 Jahre als SVP-Regierungsrat und bis fast zum Schluss als passionierter Journalist. Er war ja unter anderem SVPja-Korrespondent für den Kanton Schaffhausen. Auch in seinen Nebenämtern hatte er zahlreiche ‚Fuder beladen und ins Trockene gebracht‘. Ausserkantonale engagierte er sich in folgenden Nebenämtern: Langjähriger Sekretär und Präsident des Schweizerischen Rauhfutterverbandes, welcher ihn zu seinem Ehrenpräsidenten ernannte / Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Landdienst / Mitglied des Patronatskomitees der Schweizer Berghilfe / 22 Jahre Präsident der Eidgenössischen Linthebene-Melioration.

Es ist erstaunlich, wie Kurt Waldvogel trotz Krankheit sogar seine Beerdigung bis ins letzte Detail vorbereitet hatte. Wir überlassen deshalb ihm das Wort. Er schrieb uns in seinem Lebenslauf, etwas verkürzt, folgendes:

Herkunft und Vorbemerkung

„Die Eltern sehnten mich herbei. So kam ich 1926 im Heimatstädtli Neunkirch zur Welt. Vater war der «Strauhändler-Karl», die lebhaft Mutter eine Enkelin des Buchdruckers Wilhelm Waldvogel. Einzelkind, das ich blieb, bin ich allen besonders dankbar, die mir über die Jahrzehnte hinweg behilflich waren. Das meiste war nur gemeinsam möglich. Dies hervorzuheben ist mir wichtig. Allein ist der Mensch fast nichts.

Ich muss mich auf einen trockenen kollektiven Dank beschränken. Er kommt von Herzen und gilt vielen. Einzige Ausnahme bildet meine jahrzehntelange Lebensgefährtin Hanny: In nimmermüder Treue und in allen Lebenslagen hat sie mich unterstützt, wirksam getragen und fabelhaft ergänzt. Von allen, die Dank verdienen, war meine Hanny die Wertvollste, Vielseitigste und Tapferste. Und darum mein Appell an alle: Lasst meine Hanny nicht vereinsamen, steht ihr bei, tragt sie! Und nicht nur morgen - auch übermorgen! Herzlichen Dank im Voraus auch hiefür!

Jugend in prägender Zeit

Frohe Jugenderlebnisse und dauernde Kameradschaften schenken mir die Schul- und Pfaderjahre. Die harten Dreissigerjahre und der Zweite Weltkrieg prägten aber unsere Generation. Wir spürten den

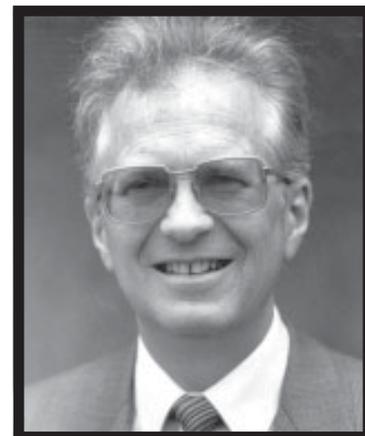
Druck «von drüben». Unsere Grenzlage wurde zur besonderen Bewährungsprobe. Unsere Eltern und die Region haben sie - Gott sei Dank! - bestanden. Die Ortswehr war 1943 meine erste öffentliche Funktion. Hei, waren wir stolz mit dem Schweizerkreuz am Oberarm! Über die Frage der Berufswahl gab es keine Diskussionen. Nur stille Hinweise. Das genügte.

Charlottenfels mit Folgen

1944/45 hatte Vater eingewilligt, mich zwei Wochen in Hallau auf der Redaktion «schnuppern» zu lassen. Die notwendige Zweitausbildung erhielt ich trotzdem planmässig an der Landwirtschaftlichen Schule auf Charlottenfels. 1947 begegnete ich dort der hübschen jungen Löhningerin, die 1951 meine Ehefrau werden sollte - Hanny Walter aus dem «Landhaus». Sie hat mich getreu und über manche Klippe hinweg tatkräftig unterstützt und vorbildlich ergänzt. Nach der Ausbildung wurde ich gleichsam ins kalte Wasser geworfen. Auf einer soliden Vertrauensbasis mit vielen Bauern der Region als treuen Lieferanten konnten wir den Betrieb motorisieren, erweitern und später umstrukturieren. Früh band mich die frühere BGB-Partei, die heutige Volkspartei, ein. Im Gefolge nahm ich bei ihr manche Funktion wahr.

Vertrauen

In den Fünfzigerjahren verloren wir, zu früh, meine Eltern. 1960 wurde ich in den Kantonsrat gewählt. 1971 trat der Vertreter der SVP im Regierungsrat zurück. Der Entscheid zur Kandidatur fiel mir nicht leicht. Gute Resultate bei den vorausgegangenen Wahlen erleichterten ihn mir.



► Kurt Waldvogel (†), ehem. Regierungsrat SVP Schaffhausen

Vertrauen ist die Grundlage allen Tuns, insbesondere in der Politik. 30 Jahre lang durfte ich dieses Vertrauen der Wähler und 18 Jahre auch jenes der Wählerinnen genießen. Nach einem harten Wahlkampf - bei einer Stimmbeteiligung von über 90 Prozent! - zog ich 1972 beruflich in die Hauptstadt. Die «Macht» des Regierungsamtes wird dann und wann zwar überschätzt. Doch es fordert den ganzen Mann. Von Anfang an war auch Sparen ein Dauerauftrag. Trotzdem wurden die meisten Ziele erreicht. Der Dienst an der grösseren Gemeinschaft bringt auch viel Erfüllung. Daraus entwickelten sich viele freundschaftliche Bindungen, die überdauerten. Enttäuschungen und Schwierigkeiten aller Art steckten wir relativ gut weg. Wir fühlten uns in heiklen Situationen getragen vom Schöpfer. Im November 2001 durften wir unseren fünfzigjährigen Ehebund noch festlich begehen. Die unsägliche Krankheit führte mich zum Konfirmandenspruch von 1943 zurück:

«Fürchte dich nicht, denn ich erlöse dich; ich rufe dich bei deinem Namen, mein bist du!» (Jes. 43, 1) ◀

Gertrud Walch,
SVP Kanton Schaffhausen



Vorstoss zur Regierungsreform

Die SVP lanciert zusammen mit der FDP einen Vorstoss und verlangt die Prüfung einer grundlegenden Regierungsreform. Die Motion soll im April dringlich behandelt werden. Wieso dieses zusätzliche Grossprojekt, obwohl die wesentlichen Kräfte für die Strategie „Den Kanton Bern entschulden, seine Wirtschaft stärken und die nachhaltige Entwicklung fördern“ eingesetzt werden müssen?

Die Diskussion um eine Regierungsreform wurde durch eine FDP-Motion aufgeworfen. Diese war aber zu wenig durchdacht und zu eng gefasst, so dass sie von der SVP als nicht zielführend erkannt und ihr im Grossen Rat deshalb keine Chance eingeräumt wurde. So wurde dieser Vorstoss zugunsten der hier vorgestellten gemeinsamen Motion von FDP und SVP zurückgezogen.

Es braucht zuerst einmal eine grundlegende Analyse des Bestehenden, bevor man auf Lösungsmodelle zusteuern kann. Weiter kann eine allfällige Reform nur gelingen, wenn auch die Betroffenen reformwillig sind. In diesem Fall betrifft die Reform die Regierung. Die bürgerlichen Mehrheiten der Bernischen

Regierung und des Grossen Rates haben im vergangenen Jahrzehnt Sparergebnisse erzielt, die in der Schweiz wohl einmalig sind. Mit acht Sparpaketen und einer strategischen Aufgabenüberprüfung im vergangenen November wurde das Staatsbudget um rund 800 Mio Fr. jährlich entschlackt. Dennoch braucht es weitere Anstrengungen, um die bernischen Staatsfinanzen zu sanieren (zu gesunden). Darum soll nun auch die Führungsstruktur konstruktiv kritisch durchleuchtet werden, ob sie den gesamtkantonalen Bedürfnissen gerecht wird.

Die Motion ist bewusst weit gefasst. Die Regierung wird weder zeitlich noch mit Modellvorgaben unter Druck gesetzt.

Die Ziele jedoch sind klar: Die Gewichtung der Aufgaben muss verschoben werden. Gemäss der Verfassung des Kantons Bern plant und koordiniert der Regierungsrat die Tätigkeiten des Kantons. Dazu führt jedes der sieben Mitglieder auch eine eigene Direktion. Ein- bis zweimal wöchentlich treffen sich die Regierungsräte zu gemeinsamen Sitzungen. Mit Ausnahme des jeweiligen Regierungspräsidenten werden die bernischen Regierungsräte als Direktoren ihrer Verwaltung wahrgenommen. Für die Erfüllung ihrer Aufgaben sind sie stark auf die Mitarbeit ihrer Kader und Angestellten angewiesen. Darum ist es so schwierig und belastend, Veränderungen durchzusetzen.

Ideen sind vorhanden

Die Regierung muss sich Freiraum schaffen, um die Interessen des Gesamtkantons zu wahren. Dabei darf das Geschehen in den Direktionen nicht ganz dem Kader überlassen werden. Auch wollen die Bürger ihre Fragen gewählten Politikerinnen und Politikern stellen und nicht Angestellten - was deren Stellenwert in kei-

ner Art und Weise mindert.

Regierungshaus: Schaffung eines «Regierungshauses», in dem sämtliche Regierungsmitglieder domiziliert sind. Sie arbeiten täglich zusammen, während ihre Ämter anderswo angesiedelt sind - allenfalls sogar dezentral in den Regionen. Vorbild ist Neuenburg.

Präsidium: Eine Regierung mit verstärktem Präsidium, das mindestens vier Jahre dauern müsste, aber auch ständig sein könnte, wie das in verschiedenen Gemeinden der Fall ist. Es soll eine grundsätzlich gesamtkantonale Betrachtung der Regierungsaktivitäten garantieren.

Zweikreissystem: Trennung der strategischen Aufgaben der Regierung von den operativen: Das Regierungsgremium soll nur noch gesamtkantonale Aufgaben wahrnehmen, während die Direktionen von separat zu wählenden Vorstehern geleitet würden.

Was diese dringliche Motion letztendlich auslöst, hängt von der Kreativität der Regierung ab. ◀

Werner Lüthi, Fraktionspräsident Grossratsfraktion

EDELWEISS



Nutzen Sie die Gelegenheit und unterschreiben Sie jetzt!

Eidgenössische Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

I. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert: **Art. 117a Krankenversicherung (neu)**

¹Die Krankenversicherung beruht auf:

- der Grundversicherung nach Sozialversicherungsrecht, welche die Kosten für medizinische und pflegerische Leistungen trägt, die der Schmerzlinderung, Heilung und Reintegration dienen, zweckmässig und wirtschaftlich sind, und deren Wirksamkeit von der Wissenschaft anerkannt ist;
- der Zusatzversicherung nach Privatversicherungsrecht.

²Grundversicherer und Leistungserbringer schliessen Leistungsverträge ab, die den Bedürfnissen der Versicherten entsprechen.

³Grundversicherer dürfen nicht an Leistungserbringern und Leistungserbringer nicht an Grundversicherern beteiligt sein.

⁴Die Grundversicherung wird finanziert durch Beiträge des Bundes und der Kantone von zusammen höchstens 50% sowie durch Beiträge der Versicherten.

⁵Bund und Kantone leisten ihre Beiträge an die Grundversicherer.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert: **Art. 197 Ziff. 2 (neu)**

2. Übergangsbestimmungen zu Art. 117a Krankenversicherung

Die Bestimmungen des neuen Art. 117a treten 3 Jahre nach ihrer Annahme durch Volk und Stände in Kraft. Der Bundesrat erlässt die nötigen Vollzugsbestimmungen auf dem Verordnungswege, bis sie durch die Gesetzgebung abgelöst werden. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Art. 117a können die Versicherten bei ihrem Grundversicherer die Differenz zum bisherigen Leistungsumfang im Rahmen der Zusatzversicherung ohne Vorbehalte versichern.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: Postleitzahl: Politische Gemeinde:

Nr	Name, Vorname Handschrift, Blockschrift	Geburtsdatum	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					

Ablauf der Sammelfrist: 28.07.2004

Im Bundesblatt veröffentlicht am 28.01.2003

Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort:

Amtsstempel



Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Datum:

amtliche Eigenschaft:

eigenhändige Unterschrift:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Toni Bortoluzzi, Präsident, Nationalrat, Betpurstr. 6, 8910 Affoltern a. Albis; **Caspar Baader**, Nationalrat, Fraktionspräsident, Baumgärtliring 52, 4460 Gelterkinden; **Eric Bonjour**, Grossrat, Culturaz 22, 1095 Lutry; **Roland Borer**, Nationalrat, Stockackerstr. 17, 4703 Kestenholz; **Toni Brunner**, Nationalrat, Hundsrücken, 9642 Ebnat-Kappel; **Michaël Buffat**, Präsident Junge SVP Waadt, Rte d'Echallens, 1418 Vuarrens; **Herbert Brütsch**, lic. iur., Fuchshalde 1, 8305 Dietlikon; **Martin Chevallaz**, Grossrat, Vuilletaz 113, 1066 Epalinges; **Gilberte Demont**, Sekretärin SVP Waadt, Ch. de Penguey 4, 1162 St-Prex; **Jean Henri Dunant**, PD Dr. med., Nationalrat, Luftmattstr. 12, 4052 Basel; **Roland Eberle**, dipl. Ing. agr. ETH, Regierungsrat, Gesundheitsdirektor, Haustr. 17, 8570 Weinfelden; **Jean Fattebert**, Nationalrat, 1682 Villars-Bramard; **Silvia Flückiger**, Grossrätin, Badweg 4, 5040 Schöftland; **Walter Häcki**, Dr. med., Grossrat, Geissmatthalde 6, 6004 Luzern; **Hansjörg Hassler**, Nationalrat, Cultira, 7433 Donath; **Philipp Isenburg**, Dr. med. dent., Via Ronchetto 15, 6814 Cadempino; **This Jenny**, Ständerat, Oberdorfstr. 45, 8750 Glarus; **Ilse Kaufmann**, Stadträtin, Hochfelderstr. 49, 8180 Bülach; **Ueli Maurer**, Nationalrat, Parteipräsident SVP, Rebacher 12, 8340 Hinwil; **Eros Mellini**, Sekretär SVP Tessin, Via Muggina, 6962 Viganello; **Ursula Moor**, Kantonsrätin, Hochfelderstr. 2, 8181 Höri; **Franziska Schlupe**, Apothekerin, Südstr. 3, 4950 Huttwil; **Jürg Stahl**, Nationalrat, Zürcherstr. 125, 8406 Winterthur; **Theres Weber-Gachnang**, Kantonsrätin, Krankenschwester, Holländer-Bergli, 8707 Uetikon a. S.; **Bruno Zuppiger**, Nationalrat, Rebaldenstr. 10, 8340 Hinwil.

Weitere Unterschriftenbogen können kostenlos bestellt werden bei:

Komitee für tiefere Krankenkassenprämien - Postfach - 3000 Bern 26 - Für Spenden benutzen Sie bitte das PC-Konto 30-209744-4

**Initiative unterschreiben, diese ganze Seite abtrennen und einsenden an:
Prämiensenkungsinitiative - Postfach 362 - 3052 Zollikofen**